

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 36 (1946)
Heft: 45

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

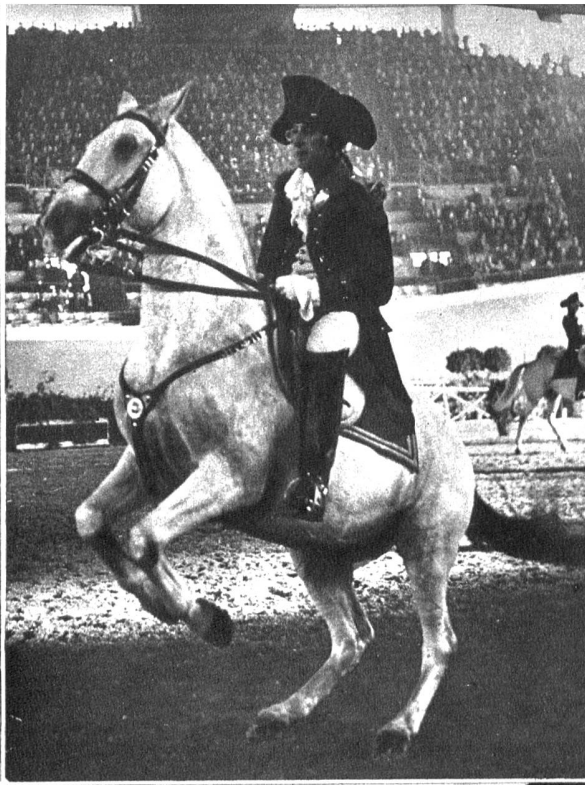
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.04.2026

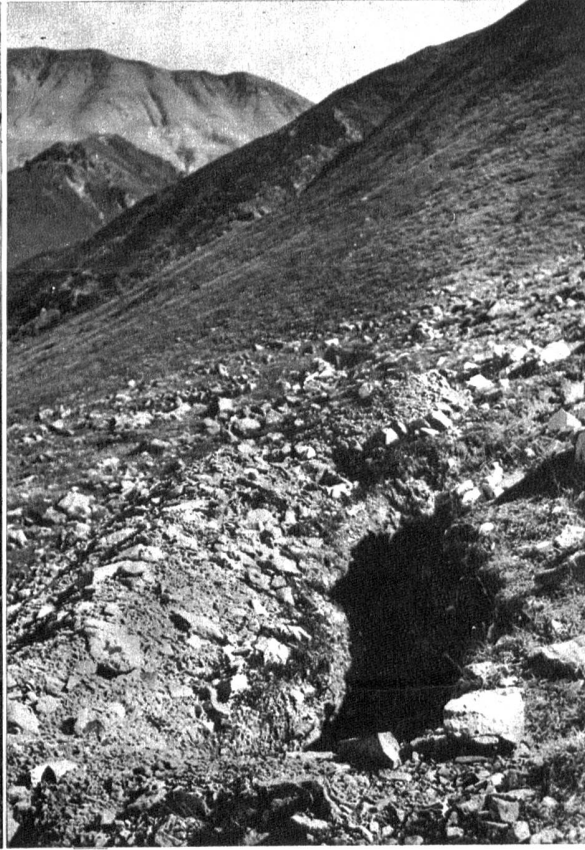
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Bilder links:

In dem von vier Nationen bestrittenen Hallen-Reitturnier kam die Schweiz, wie schon in Bern und Genf, zu einem einzigen Sieg, der einmal mehr von Hptm. Mettler auf Exilé errungen wurde. Der heute 22jährige Wallach vertrat die Schweizerfarben schon 1936 in Berlin und erwies sich als stark genug, auch in seinem patriarchalischen Alter der europäischen Elite aus dem Felde zu schlagen. ATP

Im Rahmen des grossen Vier-Länder-Reitturniers in Zürich ritt die EPRA Thun eine Schul-Quadrille auf sechs Schimmeln mit Reitern in den Uniformen der alten Berner Dragoner, die beim Publikum stürmischen Beifall auslöste.



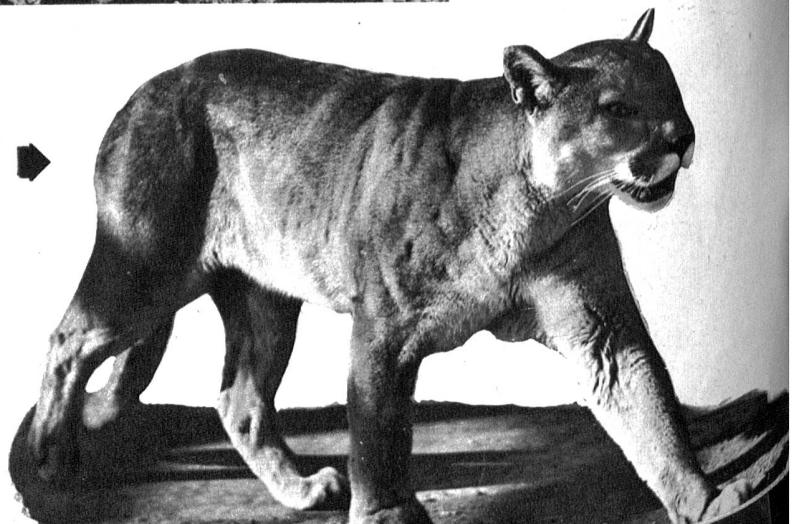
Mit der Geburt von Renée Christinat hat die Stadt Lausanne, als fünfte Schweizerstadt, die Zahl von 100 000 Einwohnern erreicht. Am 6. Oktober hat die kleine Renée das Licht der Welt erblickt, und man wird festhalten, dass die 100 000. lausannoises 4 kg. 100 Gramm wog. Die Stadtbehörde hat eine Versicherung von Fr. 1000.— für die kleine Hunderttausendste sichergestellt. ATP

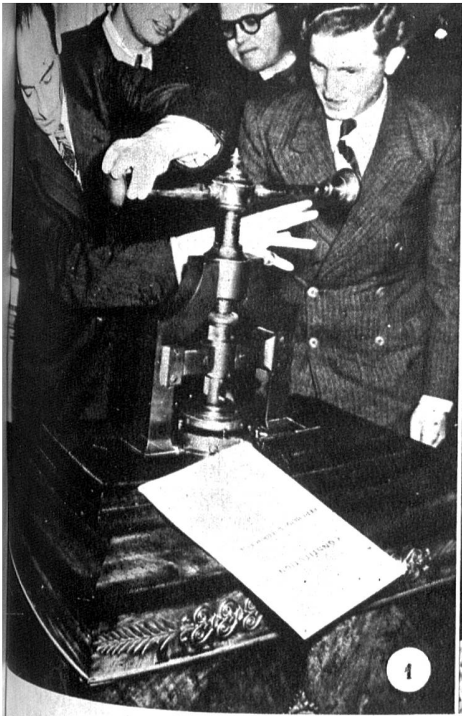
Wildfrevel im Oberengadin
In der Gegend der Alp Casanna im Oberengadin hatten es einige Frevler, von denen man vermutet, dass sie von jenseits der Grenze her kamen, auf die Murmeli abgesehen. Sie machten sich die Jagd recht einfach, indem sie die Höhlen der Murmeltiere ausgruben und die Murmeli erschlugen.

ATP-Bilderdienst Zürich

Das wilde Tier vom Wallis: Ein Puma

Den wilden Tieren vom Wallis ist man nun doch noch auf die Spur gekommen. Denn der Leiter des Kraftwerkes Ill-Turtmann konnte eines der Tiere mit dem Feldstecher verfolgen und dann sogar anschiessen, worauf ein zweites, kleineres Tier auftauchte, das er noch genauer beobachten konnte. Die Annahme, dass es sich um einen Puma, also den amerikanischen Silberlöwen, handelt, liegt auf Grund der Beschreibungen nahe. Die Tiere müssten natürlich einer Menagerie entsprungen sein. Unser Bild zeigt einen Puma aus dem Zoologischen Garten Zürichs. ATP

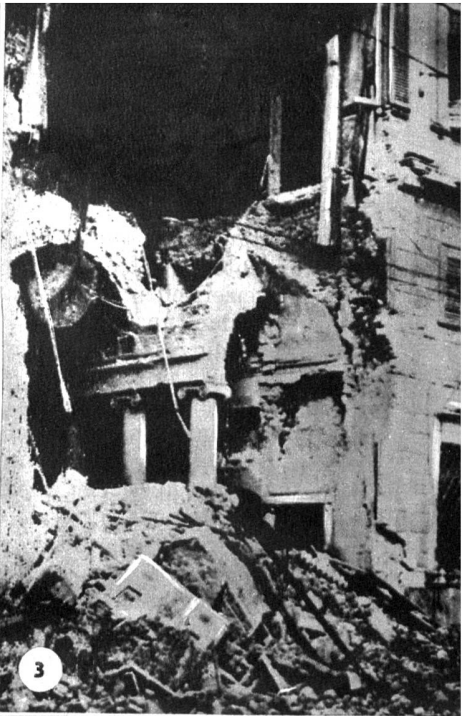




1



2



3

1 Das vom 24. Februar 1848 stammende Staatssiegel der Republik Frankreich ist letztmals im Jahre 1919 benützt worden, als der Friedensvertrag mit Deutschland versiegelt wurde. Jetzt hat Justizminister Henri Teitgen selbst das Siegel unter die ersten Exemplare der Vierten Republik-Verfassung angebracht. Die Handpresse, die er dazu benützt, stammt aus dem Jahre 1810.
ATP

2 Dieser Tage legten Unbekannte zwei Koffer, die Zeitzunder-Bomben enthielten, am Anfang der britischen Botschaft in Rom nieder. Kurze Zeit darnach explodierten die Sprengkörper unter ungeheurer Wucht. Die Explosion riss eine riesige Oeffnung in das Botschaftsgebäude. Zahlreiche Räume wurden zerstört.
Photopress

3 Walter Kolb, der Bürgermeister von Frankfurt a. M., das stark durch Bombardierungen gelitten hat, erliess neulich einen Aufruf an die Bevölkerung der Stadt, worin er sie auffordert, endlich mit dem Aufräumen der Schutthaufen zu beginnen. Unser Bild zeigt hier diesen aufbauwilligen Bürgermeister (rechts aussen) selbst beim Wegschaffen von Mauerresten.
Photopress

4 Am vierten Jahrestag der Wüstenschlacht von El Alamein, fand am Ort, wo die Truppen der 8. britischen Armee unter Montgomery seinerzeit die Wendung des nordafrikanischen Krieges erzwungen hatten, ein Feldgottesdienst statt. Der Feldprediger, G. R. Hope, ein Alamein-Veteran, hielt auf dem Schlachtfeld, wo 7781 britische Soldaten den Sieg mit ihrem Opfertod erkauften, eine ergreifende Gedenkrede. Unser Bild zeigt den Flaggengruss, der den Toten von El Alamein gilt.
Photopress



4



Während in Neu-Delhi die Minister der Moslem-Liga vor ihrem Eintritt in die provisorische erste indische Nationalregierung vereidigt wurden, kam es durch deren Anhänger zu einer Freudenkundgebung. Vor dem Palast des Vizekönigs liessen die «Unberührbaren» ihre Minister hochleben und stiessen in Rufe, wie «Lang lebe die Moslem-Liga» und «Lang lebe Pakistan» — Pakistan ist der von der Moslem-Liga angestrebte unabhängige Staat — aus.
ATP

POLITISCHE RUNDSCHAU

Abermals das Frauenstimmrecht...

-an- Im Tessin hat das Volk die Vorlage eines *Gesetzes über das kantonale Frauenstimmrecht* ungefähr mit demselben prozentualen Mehr verworfen, wie es etwa in einer gesamtschweizerischen Abstimmung verworfen würde. Die Stimmen standen rund 4 zu 14. So schlimm war es in Basel nicht. Aber die Schwergewichte der Tradition würden dafür in andern Kantonen noch ganz andere Zahlen zutage fördern. Man versuche es einmal in Freiburg — beispielsweise! Auch unser Kanton Bern könnte seine Wunder zeitigen, wenn wir gleich keine wunderstüchtige Gesellschaft sind. Zu überlegen bleibt nur, ob es überhaupt jemals eine «stimm- und wahlrechtliche Gleichheit» für die Schweizerfrau geben wird, solange sie auf dem Abstimmungswege erkämpft werden muss. Sagen wir es ruhig: Keines der Länder, die heute das Wahlrecht für die Frauen, aktiv und passiv kennen, musste sich diesen Fortschritt in einem Referendumskampfe erobern. Da gab es einfach Parlamentsbeschlüsse — Regierungsdekrete und basta. Geschenkt bekamen sie's — und ob verdient oder unverdient, das steht noch aus. Was man beispielsweise den deutschen Wählerinnen nachredet, dass sie Hitler in den Sattel geholfen, zeugt nicht von der politischen Reife der Herren, die so etwas behaupten — und man versteht es, wenn die Frauen, die die Stimmrechtsbewegung anführen, zuweilen seufzen und sagen: Ist es denn so viel wert, dieses uns verweigerte Recht? Die Uneinsichtigkeit der wählenden «Herrenrasse», der Männer, beweist uns ja schlagend, wie weit sie's gebracht haben. Wenn wir Frauen nie weiter kommen sollten...!

Es wird in der Frage des Frauenstimmrechts meist vergessen, dass die Vorkämpferinnen — und Vorkämpfer — der *Frauenemanzipation ja auf einer viel breiteren Front kämpften als nur auf der schmalen referendumsrechtlichen und wahlrechtlichen*. Es ging um *Frauenrechte überhaupt*. Beispielsweise um das Recht, zu studieren. Um das Recht, Berufe zu ergreifen, die vordem als selbstverständliche Domäne der Herren unserer Schöpfung galten. Kämen unsere Grossväter wieder, sie würden wohl die Köpfe schütteln, wenn sie von weiblichen Fürsprechern, von Aerztinnen, von einer «Fräulein Pfarrer», von Fürsorgerinnen hören müssten, und was sie sonst zu Gesicht bekämen, würde ihnen zu denken geben. Uns Zeitgenossen scheint es entweder selbstverständlich — vielleicht bedauerlich, vielleicht begrüssenswert, dass die Frau sich einen viel breiteren Lebenskreis erobert, als ihn unsere Mütter und Grossmütter besessen. Und zwar ist es so, dass diese «materiellen» Frauenrechte, wie sie im beruflichen Sektor erkämpft wurden, eigentlich viel bedeutsamer sind als die «formaldemokratischen». Die Zahl der berufstätigen Frauen sagt mehr aus über die Siege der Frauenemanzipation, als es ein negativer Volksentscheid wie der tessinische, aussagt. Vielleicht sollten die eingefleischten Gegner der politischen Frauenrechte sich einmal diese Tatsache zu Gemüte führen und sich die Konsequenzen vorrechnen. Am Ende könnte es so herauskommen, wie uns dieser Tage eine Frau versicherte: Im «Museum Schweiz» wird ums Jahr 2000 von den Frauen regiert, von den Männern politisiert.

Abbau der Kolonialreiche

Eine der Anklagen, die man aus Moskau immer wieder vernimmt, betrifft die «*Unterdrückung fremder Völker*» durch den britischen Imperialismus. Wer den Russen übel will, wird in dieser Anklage nichts anderes sehen und hören als eine Variante der Nazipropaganda, die sich mit ähnlichen Argumenten auf die Engländer stürzte und ge-

legentlich die Befreiung der Unterdrückten verlangte. Immerhin betonte Herr Gëbbels jeweilen auch, die «Habenichtse» unter den Völkern Europas würden sich künftig mit den Besitzern in die Herrschaft über die Welt teilen. Das hiess, wenn man es recht besah: Deutsche und Italiener werden mithelfen bei der Ausbeutung ganzer Kontinente, die ihnen nicht gehören. Kommen nun heute die Russen und fordern von den Engländern, sie müssten ihre Truppen allenthalben zurückziehen, sie hätten kein Recht, in Indien und Aegypten zu bleiben, auch nicht in niederländischen Indonesien, und was etwa die Insel Cyprien angehe, oder Palästina, oder die verschiedenen Mandatlänger in Afrika und Asien, so könne es nur eine Forderung geben: Rückzug — kommen die Russen so, dann frage die Welt unwillkürlich, ob nicht nach dem britischen Abmarsch die Russen einzumarschieren wünschten!

Die Weltgeschichte steht zweifellos an der Schwelle einer total neuen Machtverteilung und vor dem Ende einer nun bald halbttausendjährigen europäischen Kolonialherrschaft. Daran kann niemand zweifeln. Seit Kolumbus nach Amerika fuhr, seit der Seeweg nach Indien um das Kap herum entdeckt wurde, sind zwei Erdteile von Weissen bevölkert worden: Nord- und Südamerika und Australien, und zwei andere standen zeitweise fast ganz unter dem wirtschaftlichen und politischen Diktat europäischer Mächte: Afrika und Asien. Dass man heute nicht auch den Abmarsch der Weissen aus Amerika und Australien fordert, ist sehr plausibel begründet: Die Kolonisten haben hier ihre eigenen Staaten begründet und die «Mutterländer nach Hause geschickt». Man spricht nicht davon, dass die Rothäute und Australneger von der angelsächsischen Herrschaft befreit werden müssten. Zurückziehen aber sollen sich die Herren aus Gebieten, in welchen sie, wenn es lange genug ginge, schliesslich der Urbevölkerung ebenso den Garaus machen könnte wie den Indianern und Australiern schwarzer Rasse. An allen kommenden UNO-Tagungen und in den grossen Pressekämpfen wird das Thema immer wiederkehren: Die noch nicht ausgerotteten farbigen Völker verlangen Emanzipation. Moskau wird diesen Begehren seine Stimme leihen. England, Frankreich, Belgien, die Niederlande nebst Spanien und Portugal werden sich bemühen müssen, ihre verbliebenen Herrschaftsrechte zu verteidigen und zu beweisen, dass sie gar nicht mehr zu vergleichen seien etwa mit Cortes und Pizarro, den grossen Räubern und Ausrottern von Mexiko und Peru, mit den Verbrechern auf den malayischen Gewürznelkeninseln, mit den Sklavenjägern im Sudan oder mit den fürchterlichen Elfenbein- und Gummiräubern im belgischen Kongo. Sie werden sich sozusagen als die Mächte aufspielen müssen, welche den schwarzen Erdteilen das Licht gebracht. Begründeten doch seinerzeit die Fascisten in Italien ihren Zug nach Abessinien damit, dass sie auf die mittelalterlichen Strafmethoden hinwiesen, die im Lande des Negus noch üblich waren — und die man nun eben zum Heil des äthiopischen Volkes abschaffen werde. Es ist in der Tat eine der zugkräftigen und berechtigten Gegenparolen, die man der «Befreiungsparole» entgegenwerfen kann: Die Kolonialmächte haben den primitiven Völkern allerlei Neues gebracht, und, vom Standpunkte der Zivilisation aus gesehen, manchen Fortschritt. Die Streitfrage aber ist die, ob ihnen dieses Gute auch das Recht gebe, sich noch länger als Verwalter, wenn auch nicht als Herren dieser Kolonien zu gebärden. Auf diesen Boden ist das ganze Problem übrigens nicht zuerst von den Russen, sondern von der mächtigsten Erbobernation, von den Engländern, gestellt worden. Und zwar fing es nicht etwa erst nach dem Kriege von 1914 an. Lange zuvor diskutierte man in England und Ame-

rika die Notwendigkeiten, die sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Kolonien für die «Mutterländer» ergeben werde. Heute sind wir in die *Periode der praktischen Ausführung jener «Emanzipationsprogramme»* getreten, wie man sie bei den britischen Sozialisten schon zu Anfang des Jahrhunderts diskutierte.

Der Fall Aegypten

hat in der vorletzten Woche einiges Aufsehen erregt. Vor dem September dieses Jahres konnte man die Meldungen über *britisch-ägyptische Verhandlungen* eigentlich auf den Satz reduzieren: «Abermals unterbrochen». Dann hiess es plötzlich, die Aegypter wären bereit, einmal in einem andern als der heissen Atmosphäre ihres eigenen Landes zu diskutieren. Sidky Pascha, der Ministerpräsident, werde sich nach London begeben. Bei seiner Rückkehr leistete sich der Herr ein echt orientalisches Manöver, das aussieht wie eine Indiskretion, in Wirklichkeit aber etwas ganz anderes sein dürfte. Er liess «durchblicken», die Engländer wären bereit, ihre *Mitherrschaft über den Sudan gänzlich den Aegyptern zu überlassen*. Darob herrschte in London grosse Besorgnis. Einmal mehr schien Mr. Churchill mit seiner These von der englischen Kapitulation Recht zu bekommen. Mr. Bevin, der natürlich als verantwortlicher Aussenminister für diese Kapitulation zeichnet, wusste die Oeffentlichkeit zu beruhigen. Dabei scheint man sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, die ägyptische «Treue zum Empire» sei überhaupt nur zu kaufen, wenn man Aegypten «seinen Sudan» zurückgebe, ungeschmälert und unbelastet, wie das die extremen Nationalisten des Nillandes wünschen. Bis vor wenigen Wochen konnte man sich in London eine solche Rückgabe gar nicht vorstellen. Man erklärte, Aegypten hätte das obere Nilland, eben den sogenannten «ägyptischen» Sudan, gar nicht besessen, als ihn in den achtziger Jahren die britische Armee dem Mahdi und seiner fanatischen Sekte entriss. Nun wird also «umgelernt», und nach dem Rezept, dass der einmal ausgesprochene Gedanke auch schon gesiegt habe, verkündet Sidky Pascha seinem eigenen Lande und der übrigen Welt, der ägyptische Sudan werde «wirklich ägyptisch» sein. Man wird also anfangen, das zu glauben, und nach einer gewissen Frist wird es wahr sein.

Nach dieser gewissen Frist aber wird etwas anderes ebenso wahr werden: Dass die Aegypter die britische Hilfe gar nicht entbehren können. Und zwar wirtschaftlich, politisch und militärisch. Es ist für das Nilland ein A-b-c, dass seine Wirtschaft auf Jahrzehnte hinaus nicht bestehen kann ohne den Gütertausch mit dem industriellen England. Beide sind aufeinander eingespielt. Möchte nun Aegypten «seinen Sudan», der als Konkurrent der ägyptischen Baumwollproduktion eher zu fürchten als zu lieben ist, zu eigenen Händen nehmen, um mit grösserem Gewicht aufzutreten und sich auch auf andere Partner als nur den britischen einzuspielen, muss es den ganzen von Engländern aufgebauten Produktionsapparat kaufen. Das bedeutet Kapital und wieder Kapital. Und Kapital besitzen die *bisherigen* Herren, nicht die Aegypter. Bevins Verhandlungskunst läuft darauf hinaus, die Aegypter zu politischen Herren des Sudans zu machen, wofür sie garantieren müssen, die britischen Eigentumsrechte zu respektieren, soweit solche sich auch erstrecken mögen. Was die sich entwickelnden ägyptischen Kapitalbesitzer aufzuwenden vermögen, um die britischen Besitzer auszukaufen, mögen sie aufwenden. Es ist legal. Die heute kritisierenden Kreise in England, die nicht verstehen, wie man eine hervorragende Position, wie die am mittlern und obern Nil, aufgeben können, werden Bevin und der Labourregierung vielleicht noch danken. Denn sollte je eine *andere* als die friedliche Emanzipation Aegyptens samt dem Sudan erfolgen, dann würde zweifellos keine Entschädigung für die vertriebenen britischen Pflanzler vorgesehen.

Davon abgesehen: Aegypten wird, je länger die jetzigen Verhandlungen dauern, um so deutlicher innerwer-

den, wie notwendig für seinen eigenen Bestand die britisch-ägyptische Waffenverbrüderung sei. Der Suezkanal, auf den die begehrliehen Blicke allfälliger Nachfolger der englischen Weltherrschaft fallen, kann nur durch beide Staaten zusammen geschützt werden. Wie bei der

Emanzipation Indiens

stellt sich die Frage schliesslich nicht, wie man ursprünglich meinte, so, dass man die «fremden Besatzungstruppen» so bald als möglich ausser Sicht zu haben wünscht. Natürlich sollen sie nicht in den radikalisierten Zentren, wie *Alexandria und Kairo*, sitzen bleiben und für gewisse Kreise als Provokation wirken. Aber *in der Nähe der Suezzone wird man sie haben wollen*. Es scheint, dass der Hauptgegenstand der britisch-ägyptischen Verhandlungen in der *Ueberlassung von Flugfeldern* bestehe. Die «Quadratur des Zirkels» muss gefunden werden: Anwesenheit fremder Flieger- und anderer Truppen im Lande, ohne Beeinträchtigung der ägyptischen Souveränität.

In Indien fragt man sich momentan gar nicht, ob die Engländer wohl noch lange bleiben. Man ist heilfroh darüber, dass sie ihre Garnisonen vorerst nicht auflösen. Denn die andauernden *Unruhen in Bengalen, aber auch in allen andern Provinzen, wo Mohammedaner neben Hindus wohnen*, verlangen ständig das Eingreifen militärischer Kräfte. Nun sind diese Soldaten, der grossen Mehrheit nach, Indier. Auch die Offiziere sind es zum Teil. Nur gelten sie als Leute der ehemals «indisch-kaiserlichen» Armee. Die Frage der «Räumung» ist schliesslich nichts als die Frage der Armee-Umorganisation; es braucht einen andern Fahneneid und ein anderes, noch nicht bestehendes Offizierskorps..

Eine wichtige Wandlung hat sich übrigens in Indien vollzogen und kann in den Wirkungen für die Zukunft des Landes überhaupt entscheidend werden: *Die Moslem-Liga hat sich bereit erklärt, nachträglich an der Nehru-Regierung teilzunehmen*. Anlass zu dieser Sinneswandlung gaben die erwähnten Unruhen, die besonders in der Provinz Bengalen gefährlich anwachsen. Es wird erst jetzt, bei fortschreitender Klärung des indischen Gesamtproblems, klar, dass sich *die religiösen Fragen fast auf der ganzen Linie auch mit sozialen kreuzen*. So soll die sehr scharfe Spannung in Bengalen darauf zurückzuführen sein, dass die mohammedanischen Bauern ihre «besonderen Geschäfte» mit den vornehmen hinduistischen Grundherren zu erledigen hätten und unter Umständen bereit wären, recht gründlich abzurechnen. Die russischen Einflüsse verzweigen sich bis nach Bengalen, das dürfte nicht übersehen werden. Es gibt ein unterirdisches Netz von Gedankengängen, die in der ganzen mohammedanischen Welt wirken, soweit sie unter den ungelösten Feudalproblemen leidet: Die in Sowjetstaaten lebenden türkischen Völker haben ihre Grundherren gegen eine moderne Kolchosverwaltung vertauscht, und die Diskussion geht darum, ob man unter dem neuen System besser fahre als unter dem alten, das natürlich von den geistlichen Mächten gestützt wird. Sobald es aber gegen die hinduistischen Grundherren geht, sind die Parolen eindeutig. Nun kann aber auch die «Moslem-Liga» nicht wünschen, dass sich eine Art kommunistischer Bauernbewegung ausbreite. Sie könnte auf die rein mohammedanischen Gegenden übergreifen, und hier sind es mohammedanische Grundbesitzer, die bedroht wären.

Bis es zu einer wirklichen Befriedung der Gegensätze kommt, vergehen in Indien noch Zeiten. Das ist sicher. Denn die Unterschiede zwischen Islam und Hinduismus sind viel gewaltiger als etwa die zwischen Islam und Christentum. Und dahinter steckt die Erbschaft einer Zeit, da die Mohammedaner, vor den Engländern, Indien als Herren regierten.

Bierquelle

(Casino)